

Die ZZ fragt, Politiker antworten



Serie
Politikern
auf den
Zahn
gefühl

Ab 2030 müssen sich laut Arbeitsministerium etwa 40 Prozent der dann in Rente gehenden Menschen auf Altersarmut einstellen. Sehen Sie akuten Handlungsbedarf und wie wollen Sie gegebenenfalls gegensteuern?

Foto Hildenbrandt/dpa

Oliver Grundmann, CDU

Wir müssen zielgenaue Instrumente entwickeln, um Altersarmut zu verhindern. Dabei müssen wir auch die Generationengerechtigkeit im Blick behalten. Durch die SPD-Rentenpläne müssten laut Prognos-Studie alle Jahrgänge ab 1995 und jünger kräftig draufzahlen. Insgesamt rund 1245 Milliarden Euro! Solche Wahlgeschenke auf dem Rücken der Jüngeren sind mit der CDU nicht zu machen. Wir wollen eine Rentenkommission einsetzen, um die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 in einem Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner zu regeln.



Am Sonntag, 24. September, wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Wahlkreis 30 (Stade I – Rotenburg II) stellen sich acht Direktkandidaten zur Wahl. Die Redaktion der ZEVENER ZEITUNG hat



alle hiesigen Bewerber zu verschiedenen bundespolitischen Themen nach ihrer Meinung gefragt. Im heutigen vierten Teil unserer Serie „Politikern auf den Zahn gefühlt“ geht es um Altersarmut.

Oliver Kellmer, SPD

Die Rentenhöhe ist perspektivisch viel zu niedrig. Wir haben ein Konzept vorgelegt, welches dem ab 2030 entgegensteuert. Wir stabilisieren das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent, gleichzeitig begrenzen wir die Beiträge auf 22 Prozent und führen einen Demographie-Zuschuss aus Steuermitteln ein. Es kann nicht sein, dass jemand jahrzehntlang gearbeitet hat und dennoch am Lebensabend zum Sozialamt muss. Daher werden wir eine Solidarrente einführen, die 10 Prozent über dem Sozialhilfefanspruch liegt. Selbstständige werden wir in die gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen.



Ralf Poppe, Bündnis 90/Die Grünen

Handlungsbedarf besteht seit Jahren. Die 3-Säulen-Rente ist ein Fehler, den Frau Merkel längst hätte korrigieren können. Nicht jedes Unternehmen bietet eine Betriebsrente. Längst nicht jede/r Arbeitnehmer/-in erhält genug, um privat vorzusorgen. Deshalb muss die gesetzliche Rente mehr Gewicht bekommen und zu gleichen Teilen vom Arbeitgeber finanziert werden. Letztlich brauchen wir eine Bürgerversicherung auch für die Rente, in die alle Menschen aus allen Einkommensarten einzahlen und die deutlich über dem Existenzminimum liegt.



Klemens Kowalski, Die Linke

Die genannten 40 Prozent bedeuten bereits Handlungsbedarf. Das Rentenniveau muss kurzfristig auf 53 Prozent, in den Folgejahren durch eine breitere Einkommensbasis auf 67 Prozent erhöht werden. Der Mindestlohn muss auf 12 Euro erhöht werden. Eine Mindestrente von 1050 Euro ist zu gewährleisten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen sollte getestet werden. Armut im Alter ist zu verhindern. Wir können uns keine Massenarmut leisten.



André Grote, FDP

Seit ich denken kann, gibt es Handlungsbedarf in der Rente. Wir möchten die Rente flexibilisieren, jeder soll seinen Renteneintritt selbst festlegen können, wenn mehr als die Grundsicherung gewährleistet ist. Wir brauchen vom Arbeitsantritt ab ein transparentes Rentenkonto, auf dem jederzeit ersichtlich ist, wie viel ich durch die gesetzliche, private Vorsorge erhalten, um rechtzeitig eingreifen zu können. Zuversichtlich zur Rente darf nicht mehr angerechnet werden. Rentenbeiträge auch für Beamte und Selbstständige.



Astrid zum Felde, AfD

Ja, ich sehe akuten Handlungsbedarf. Aufgrund der demografischen Krise muss die Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt unterstützt werden. Versicherungsfremde Leistungen (z.B. Mütterrenten) sind ausschließlich aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. Menschen, die im Niedriglohnssektor gearbeitet haben, müssen eine deutlich höhere Rente als die Grundsicherung erhalten. Die Einwanderung in unsere Sozialsysteme muss gestoppt werden. Die gesetzliche Rentenversicherung muss durch Betriebsrenten und private Rücklagen ergänzt werden.



Richard Bodo Klaus, PIRATEN

Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Gegensteuern kann man nur über eine strukturelle Rentenreform. Diese muss alle Einkommensarten beitragspflichtig machen. Die Rentenkasse muss einen kapitalgedeckten Bereich aufbauen, der unter anderem die Riesterreife ersetzt. Ebenso sind durch die Strukturreform langfristig die Pensionsverpflichtungen des Staates abzusichern, die zur Zeit nur in Rückstellungen, aber nicht in Rücklagen berücksichtigt sind.



Udo Knoop, Einzelbewerber

Im Alter muss die gesetzliche Rente den Lebensstandard wieder sicherstellen und vor Armut schützen. Wir müssen eine Umkehr in der Rentenpolitik erwirken. Das Rentenniveau muss sofort auf 53 Prozent wiederhergestellt sowie eine armutsfeste solidarische gesetzliche Rente garantiert werden. Die Riesterreife ist gescheitert. Österreich hat ein funktionierendes Rentensystem, das vor Armut schützt, finanzierbar ist und in das alle einzahlen, auch Politikerinnen, Politiker, Beamtinnen und Beamte. Deutschland ist in Sachen Rente ein Entwicklungsland.

